

Grundschule Berne darf nicht verfallen !

In der LienustraÙe in Berne befindet sich die Grundschule LienustraÙe, eine Zweigstelle der Grundschule Karlshöhe. Es ist die einzige staatliche Grundschule im Stadtteil Berne. Bereits seit mehreren Jahren kursieren in der Elternschaft Gerüchte um eine Schließung dieses Standortes. Konkrete Aussagen der Fachbehörde oder der Schulleitung hat es bisher jedoch nie gegeben. Hinhalten und Verzögern schienen bisher das Vorgehen öffentlicher Stellen zu kennzeichnen. In der Bürgerschaftssitzung vom 02. März brachten drei Oppositionsfraktionen Anträge zum Thema Grundschule LienustraÙe ein, zwei davon sprechen sich klar für den Erhalt des Standortes aus. Sie wurden von den Regierungsfractionen jedoch abgelehnt.

In einer Pressemitteilung der Fachbehörde BSB vom 24.09.2015 heißt es, dass ein Erhalt des Standortes LienustraÙe aufgrund von Überkapazitäten und hohen Kosten keinen Sinn machen würde. Ein Weiterbetrieb über das Schuljahr 2015/2016 hinaus ist somit nicht gesichert. Die Befürworter einer Schließung aus der BSB führen im Wesentlichen zwei Argumente ins Feld, um diese zu begründen: die zu hohen Sanierungskosten und die mangelnden Anmeldezahlen.

Auf den ersten Blick scheinen diese Argumente stichhaltig, doch bei näherer Betrachtung ergibt sich ein anderes Bild: Bei dem Schulgebäude handelt es sich um ein denkmalgeschütztes, von Fritz Schumacher 1929/1930 entworfenes Gebäude, welches sich mitten in der ebenfalls denkmalgeschützten 'Siedlung Berne' befindet. Die Unterschutzstellung der 'Siedlung Berne' wurde von GRÜNER Seite stets begrüßt. Die von Grundeigentümern verlangte Instandhaltung denkmalgeschützter

Gebäude scheint bei öffentlichen Gebäuden leider nicht höchste Priorität zu haben. Die notwendige Instandhaltung wurde am Schulgebäude der Schule LienustraÙe arg vernachlässigt, so dass sich mittlerweile Sanierungskosten von ca. 4-5 Mio. Euro aufgestaut haben. Der bauliche Zustand ist demnach teilweise sehr desolat. Für Eltern, auf der Suche nach einer Grundschule, ist dies verständlicherweise nicht sehr einladend. Diese Sanierungskosten wären, aufgrund des Denkmalschutzes, aber in jedem Falle von der Stadt zu tragen. Auch bei einer anderweitigen Nutzung, beispielsweise durch die BASFI, würden diese Kosten also anfallen.

Die jahrelang unterlassene Instandhaltung, gepaart mit den beständig kursierenden Schließungsgerüchten, haben die sinkenden Schülerzahlen also in einem beträchtlichen Maße selbst mit verursacht!

Auch Alternativvorschläge zur besseren Auslastung des Schulgebäudes, welche u.a. von der angrenzenden Kita „Die Waldameisen e.V.“ detailliert ausgearbeitet und der BSB unterbreitet wurden, sind von Behördenseite bisher nicht beantwortet worden.

Diese sahen unter anderem die Unterbringung und die Schaffung von Integrationsangeboten für Flüchtlinge vor. Desweiteren wird von der BSB ignoriert, dass sich in der 'Siedlung Berne' ein Wechsel der Bewohnerschaft anbahnt. Die Bevölkerung dort ist deutlich älter als der Durchschnitt im Bezirk, eine dort in Kürze zu erwartende Verjüngung der Bewohner bedeutet aber auch eine Zunahme der schulpflichtigen Kinder. Hinzu kommen größere Bautätigkeiten zur Schaffung von Wohnraum in der näheren Umgebung, welche im Einzugsgebiet der Schule LienustraÙe liegen. Im Heuortland entstehen 113 öffentlich geförderte Wohnungen und auch in anderen Gebieten (Beim Farenland) wird durch Neubau oder Nachverdichtung weiterer Wohnraum geschaffen.

Vor diesem Hintergrund scheint es weder sinnvoll noch vermittelbar zu sein, warum diese Zweigstelle gerade jetzt geschlossen werden sollte. Die Bezirksversammlung Wandsbek hat den Erhalt der Schule ebenfalls einstimmig bekräftigt (Drs. 20-1435).

Der Bürgerverein Farmsen-Berne und die Initiative „Schule Berne muss bleiben“ werden weiterhin an ihrem Ziel festhalten, die Schule Lienaustraße zu erhalten. Sie fordern die Politiker aller Fraktionen der Bürgerschaft auf, sich mit den gegen die Schließung vorgetragenen Argumenten auseinanderzusetzen und in einen ergebnisoffenen Dialog mit den betroffenen Bürgerinnen und Bürgern einzutreten.

(Quelle: Bürgerverein Farmsen-Berne e.V.)

Der Vorstand der GRÜNEN Wandsbek vertritt die Auffassung, dass es nicht rot-grüne Landespolitik sein kann, diese Schule gegen den Willen der Menschen vor Ort und gegen den Willen der rot-grünen Bezirkskoalition zu schließen.

Er hat deswegen einen möglicherweise letzten Versuch unternommen, die einhellige Wandsbeker Position auch landesweit durchzusetzen. Mit einem Antrag an den Landesausschuss, das zweithöchste Entscheidungsgremium der Hamburger Grünen, sollte die Schließung abgewendet werden. Der Antrag fand jedoch leider keine Mehrheit.

Die Kreismitgliederversammlung möge daher beschließen:

1. Die GRÜNEN Wandsbek halten die Entscheidung, den Schulstandort Berne zu schließen, weiterhin für falsch. Ausgehend von der aktuellen Situation gilt es jetzt, mit allen Beteiligten in einen Dialog über die zukünftige Nutzung des denkmalgeschützten Schumacher-Gebäudes einzutreten.

Dabei ist zunächst vordringlich, dass die Eltern zum neuen Schuljahr ihre Kinder in ihrer Wunschschule ohne bürokratische Hürden unterbringen können. Den Eltern, die bis zuletzt ihre Kinder in der Lienaustraße angemeldet haben, müssen nun frei entscheiden können, zu welcher Schule sie wechseln wollen.

2. Sollte die Schulbehörde an ihren Schließungsplänen festhalten, sind der Erhalt und die Sanierung des bestehenden Gebäudes zu gewährleisten. Die Stadt muss ihrer Verpflichtung zur Pflege und Erhalt des denkmalgeschützten Gebäudes nachkommen. Ein weiterer Verfall des Gebäudes würde ansonsten das gesamte Denkmalensemble gefährden. Die Sanierungskosten in Höhe von 4,5 Mio. Euro, welche die Schulbehörde nun einspart, müssen von anderer Stelle aufgebracht werden.

Die GRÜNEN Wandsbek sprechen sich dafür aus, einen breiten Dialog mit Anwohnern, Vereinen, Institutionen und anderen Beteiligten aus dem Bezirk einzuleiten, um ergebnisoffen über die Zukunft der öffentlichen Gebäude und Flächen zu diskutieren. Denkbar wäre zum Beispiel eine Nutzung durch Vereine und Initiativen für sportliche, kulturelle oder soziale Zwecke. Hierüber sollte aber erst nach einer ausgiebigen Bürgerbeteiligung entschieden werden.

Beschluss der Kreismitgliederversammlung der Grünen Wandsbek am 22.4.2016